

US-Kongressabgeordnete wollen die Schließung weiterer US-Basen in Europa – vor allem in der Bundesrepublik – verhindern.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 135/09 – 22.06.09**

Mit einer Gesetzesvorlage soll die Schließung von Basen in Europa gestoppt werden

Von Steve Mraz

STARS AND STRIPES, 18.06.09

(<http://www.stripes.com/article.asp?section=104&article=63348>)

Eine im Kongress eingebrachte Vorlage wird die weitere Schließung von US-Militäreinrichtungen in Europa verhindern, wenn sie Gesetz wird.

Die als NATO First Act (US-Gesetz zur Bedeutung der NATO) titulierte Resolution 2797, die dem Repräsentantenhaus vorgelegt wurde, fordert, "Amerikas transatlantische Sicherheitsbande mit unseren europäischen Verbündeten und Partnern zu stärken"; das ist einer Pressemitteilung des republikanischen Abgeordneten Michael Turner, Ohio, zu entnehmen, der zu den Unterstützern der Vorlage gehört.

In der Vorlage wird ausdrücklich die Beibehaltung der gegenwärtigen Vereinbarungen über US-Militärbasen in europäischen NATO-Ländern verlangt, wenn die Gastgeberländer nicht die Schließung von Einrichtungen fordern oder der (US-)Verteidigungsminister sie für unnötig hält.

Die Vorlage wurde in die Ausschüsse für Verteidigung und Außenpolitik des Repräsentantenhauses eingebracht. Abgeordnete des Kongresses hätten bewusst Formulierungen aus dem NATO First Act in den 2010 National Defense Authorization Act (das US-Gesetz zu Verteidigungsfragen des Jahres 2010) übernommen, teilte ein Kongress-Mitarbeiter am Mittwoch in einer Hintergrund-Information mit.

Einige der eingefügten Formulierungen, die sich auf die gegenwärtigen Vereinbarungen über US-Basen in Europa beziehen, seien dahingehend geändert worden, dass das Verteidigungsministerium, wenn es die Schließung von Basen beabsichtigt, dem Kongress erklären muss, ob die Schließung mit dem Artikel 5 des NATO-Vertrags zu vereinbaren ist, dem Frieden und der Sicherheit in Europa dient und die gegenwärtige Sicherheitslage berücksichtigt, sagte der Mitarbeiter.

Anfang der Woche lehnten es Offizielle der US-Streitkräfte in Europa ab, sich zu der eingebrachten Gesetzesvorlage zu äußern.

General John Craddock, der Chef des U.S. European Command / EUCOM (in Stuttgart), hat allerdings schon wiederholt gefordert, den Truppenabbau in Europa zu stoppen.

Auch bei einer Anhörung im Kongress im März hat sich Craddock dahingehend geäußert.

"Nur die Beibehaltung der gegenwärtigen Truppenstärke im Bereich des EUCOM er-

möglichst die Erfüllung der übertragenen Aufträge und Aufgaben," hatte Craddock dabei ausgesagt.

Der Umstrukturierungsplan des EUCOM beinhalte auch die weitere Stationierung von acht Kampfjet-Staffeln (der US-Air Force) in Großbritannien, Deutschland und Italien, teilte Craddock mit.

"Bei den Bodentruppen sind zwei dauerhaft stationierte Infanterie-Kampfteams in Brigadestärke vorzusehen – ein Stryker Brigade Combat Team (ein schnelles Eingreif-Kampfteam in Brigadestärke) in Deutschland (in Grafenwöhr) und ein Airborne Brigade Combat Team (ein Fallschirmjäger-Kampfteam in Brigadestärke) in Italien (in Vicenza) – und zwei Heavy Brigade Combat Teams (zwei Kampfteams mit schweren Panzern in Brigadestärke) in Deutschland (in Schweinfurt und Baumholder)," führte Craddock aus.

"Ursprünglich war beabsichtigt, die beiden Panzer-Brigaden in den Jahren 2012 und 2013 in die USA zurückzuverlegen, ich empfehle aber, beide im Bereich des EUCOM zu belassen," ergänzte er.

Seit 2003 wurden im Bereich des EUCOM 43 Basen und Einrichtungen geschlossen, und etwa 11.000 Soldaten mit 16.000 Familienmitgliedern kehrten in die Vereinigten Staaten zurück. Gegenwärtig sind EUCOM noch etwa 84.000 Soldaten (aller Waffengattungen) unterstellt.

Der NATO First Act wurde erst am 10. Juni in das Repräsentantenhaus eingebracht. Noch letzten Monat hatte General Carter Ham, der Kommandeur der US-Army in Europa, mitgeteilt, er und sein Stab setzten auch weiterhin die vorliegenden Pläne zur Umstrukturierung der US-Streitkräfte in Europa um. Ham äußerte das in einem ausführlichen Gespräch mit dem Herausgeber-Team der STARS AND STRIPES am 29. Mai (s. LP 128/09).

Ham bestätigte, dass einige Änderungen in Arbeit seien, besonders der einjährige Aufschub der Deaktivierung des V. Corps. Die US-Army in Europa halte aber an den vorgesehenen Rückverlegungen (in die USA) fest.

Laut Plan sollen die US-Basen in Heidelberg und Mannheim geschlossen und die Einrichtungen und das Personal nach Wiesbaden, den künftigen Standort der 7th Army, umgesiedelt werden.

Der Aufschub der Auflösung des V. Corps bedeute nicht, dass man den Auszug aus Heidelberg aufgegeben habe, teilte Ham mit.

"Das ist nur eine Pause, in der nationale Entscheidungen getroffen werden können," äußert er.

Zur Zeit sind noch 42.000 (Army-)Soldaten in Europa stationiert.

Diese Anzahl soll nach dem bestehenden Plan bis 2013/14 auf 32.000 gesenkt werden, was nur möglich ist, wenn die 1st Armored Division (die 1. Panzerdivision mit ihren beiden Brigaden in Baumholder und Schweinfurt) in die Vereinigten Staaten zurückverlegt werden.

Die STARS AND STRIPES-Reporter Kevin Dougherty und John Vandiver haben zu diesem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Erläuterungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Jetzt sollen also die gegenwärtige US-Truppenstärke und die Anzahl der US-Basen in Europa per US-Gesetz festgeschrieben werden. Wichtig ist allerdings der Hinweis, dass die US-Basen dann zu schließen sind, wenn Gastgeberländer das wollen.

Wir fordern die einheimischen Politiker aller Ebenen auf, ab sofort bei ihren USA-Reisen nicht mehr um die Beibehaltung bestehender US-Basen zu betteln, sondern deren umgehende Schließung zu fordern, damit die Belastungen und Gefahren für die deutsche Bevölkerung endlich aufhören und die Flugplätze, Depots, Kasernen und Wohnghettos der US-Streitkräfte die Wirtschaftsentwicklung – vor allem in Rheinland-Pfalz und Bayern – nicht länger beeinträchtigen.

Über 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, nach der Auflösung des östlichen Militärbündnissen und angesichts der Bemühungen der europäischen Staaten, ihre Konflikte nur noch mit friedlichen Mitteln zu lösen, ist die weitere Anwesenheit der US-Streitkräfte in Europa nicht länger zu rechtfertigen.

Wegen der besonderen Belastungen des Bundeslandes Rheinland-Pfalz sollte Kurt Becks SPD-Landesregierung möglichst schnell Initiativen zur Schließung von US-Basen ergreifen. Angesichts des wachsenden Unmuts der Rheinland-Pfälzer über den ständigen US-Fluglärmterror und die wachsende Schadstoffbelastung könnte das die miesen Aussichten der SPD für die anstehende Bundestagswahl und die nächste Landtagswahl entscheidend verbessern.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern